

Politik Nr. 107

Hannover, 17. Dezember 47

Die Verantwortung der Besatzungsmächte

-dt. Während der nun so abrupt abgebrochenen Londoner Konferenz hat der österreichische Außenminister Gruber in London einen bezeichnenden Ausspruch von sich gegeben: "Es geht nicht um die Klärstellung des deutschen Verhältnisses, sondern um die strategischen Positionen der Alliierten in Österreich." Was für Österreich gilt, gilt in erhöhtem Masse ebenso für Deutschland, mögen auch vielleicht im Falle Deutschland weniger strategische als politische Machtstellungen als unausgesprochene Grössen-Regie geführt haben. Nur politische Phantasten aus dem deutschen Lager konnten daher annehmen, dass sie die Verhandlungen im Lancaster-House in ihrem Sinne hätten beeinflussen können.

Die Frage: Was nun? ertönt gebieterisch den Krach, mit dem die Tür im Lancaster-House zugeschlagen wurde. An den Anfang jeder Erwiderung ist die Tatsache zu stellen, dass in London ohne Deutschland über Deutschland entschieden werden sollte, somit entzog sich alles, was in London vor sich ging, deutscher Verantwortung. Die Sieger selbst sind schuld, wenn sie heute keinen deutschen Sündenbock finden, dem sie die Verantwortung für alles das auflasten können, was bis zum Londoner Krach geschah oder unterlassen wurde. Der deutsche Karren ist von Hitler in den Dreck gefahren worden, ausschliesslich an den Siegern aber liegt es, wenn es in zweieinhalb Jahren nicht gelungen ist, diesen Karren zum Wohlweltweiter Befriedung wieder flott zu machen. Es ist merkwürdig, aber es ist so, dass das zunächst siegreiche Nazideutschland über Nacht die Alliierten zusammenschweissen konnte, das geschlagene Deutschland aber zum grössten Zankapfel geworden ist, der zwischen die Sieger geworfen wurde. Man wird an einen in der Arena erlegten Stier erinnert, der zwar keinen Kampfwert mehr hat, dessen Ausschächtung aber immerhin die Uneinigkeit lohnt. Zu dieser Ausschächtung schuf man in dem niedergedrungenen Deutschland Zonengrenzen, die zu unübersteigbaren chinesischen Mauern inmitten eines 65-Millionen-Volkes anwachsen und man machte auf dem knappen Lebensraum dieser 65 Millionen einen weltanschaulichen Exerzierplatz, auf dem die Eingeborenen vom autoritären Lebensstil Hitlers auf den je nach Herkunft variierenden, mehr oder weniger demokratischen Lebensstil des Siegers ausgerichtet wurden. Man vergass darüber, dass diese 65 Millionen Menschen sind, die bei allem Schuldbewusstsein ein gewisses Recht haben, bei der Gestaltung ihres eigenen Lebens mitzureden. Es ist ni

Es ist nicht leicht, aus dem Wust der in London behandelten Probleme für Deutschland positive Momente herauszuschälen. Zum Teil deshalb, weil die negativen Momente überwiegen, zum anderen Teil, weil

heute anscheinend positive Momente von der weiteren Entwicklung ins Gegenteil verkehrt werden können. Über allen Spekulationen aber liegt die bedrohliche Tatsache, dass man in London auseinander ging, ohne sich auf einen Zeitpunkt weiterer Verhandlungen zu einigen. Dies ist der bemerkenswerteste Unterschied gegenüber der Konferenz von Moskau, er zeigt zugleich erschreckend deutlich, wie weit sich die einstigen Partner von Jalta auseinandergeredet haben.

General Clay hat vor kurzem in einem Interview erklärt, dass die "destruktive Phase" der Besatzungspolitik nunmehr mit der Bemontage und der Entnazifizierung abgeschlossen sei. Im Frühjahr beginne die "konstruktive Phase" mit dem Einbau Deutschlands in den europäischen Sanierungsplan. Es ist den Amerikanern vorgeworfen worden, dass sie für den Fall des Scheiterns der Londoner Konferenz einen Plan fix und fertig hätten, in welcher Form die Westzonen zu einem einheitlichen Staatsgebilde zusammengefasst und mit einer Währungsreform für den Marshall-Plan präpariert werden sollen. So sehr eine solche Entwicklung vom gesamtdeutschen Standpunkt zu bedauern ist, weil sie nur dazu angetan ist, den Graben zwischen Ost- und Westdeutschland zu vertiefen - gegenüber dem bisherigen "Fortwurschteln" ist sie von den zwei Übeln das kleinere, weil sie immerhin 45 von 70 Millionen einen Strohhalm reicht.

Zwei Bedingungen sind aber unerlässlich: das Industriegebiet im West darf nicht ausschließlich als "Molkkuh" in den Marshall-Plan eingebaut und die organisatorische Zusammenfassung Westdeutschlands nicht das Betätigungsfeld partikularistischer Elemente werden. "Alle Versuche irgendeiner staatenbündlerischer separatistischer Art", so heisst es in einer parteiamtlichen Erklärung der SPD, "aus dieser Situation Nutzen zu ziehen, werden von der Sozialdemokratie abgelehnt." Es ist ferner nochmals ernstlich zu erwägen, ob der Marshall-Plan mit einer Verklüppelung der deutschen Industrie gestartet werden soll. Schliesslich wird man nicht um eine demokratische Befragung der Bevölkerung hinwegkommen, weil der frei bekundete Wille allein die Gewähr für eine konstruktive Mitarbeit bietet. Über allen Massnahmen aber, auch denen des Marshall-Planes, muss das Leitmotiv stehen, dass Deutschland im Rahmen eines fortschrittlich entwickelten Europa seine Einheit wieder erhält.

Die Deutschen in der Ostzone sind vor der Londoner Konferenz überhaupt nicht, die in der Westzone nur wenig danach gefragt worden, wie sie sich ihre weitere Zukunft vorstellen. Das darf nicht dazu führen, dass wir mit verschränkten Armen zusehen, was über uns beschlossen wird. Gewiss haben deutsche Faktoren zur Zeit keinen Einfluss auf die Entwicklung, es kam aber auf die Dauer nicht gleichgültig bleiben, ob die Besatzungsmächte auf den Willen der Bevölkerung Rücksicht nehmen oder nicht. Wir können im internationalen Kräftespiel nicht mit Kanonen und Atombomben auftreten, 65 Millionen Stimmen aber haben ein moralisches Gewicht, das man nicht übersäen kann, solange es ein Weltgewissen gibt, und der alliierte Sieg hätte seinen letzten Sinn verloren, wenn es dieses Weltgewissen nicht auch für Deutschland gäbe.

Labour wird es schaffen!

Von unserem ständigen Mitarbeiter in London

England ist in den letzten Monaten schweren Stürmen ausgesetzt worden. Ihre Wucht ist auch jetzt noch nicht restlos gebrochen. Aber Kriegsminister Emanuel Shinwell machte sicherlich nicht in reinem Zweckoptimismus, als er dieser Tage ein Interview unter das Motto stellte: Labour wird es schaffen!

Die Situation hat sich neuerdings erheblich entspannt und alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Wirtschaftskrise am Ende doch gemeistert wird. Einmal mehr scheint auch diesmal der englische "Team-spirit" sich erfolgreich gegen alle Schwierigkeiten durchzusetzen. Die Kohlenförderung zeigt trotz der Einführung der Fünf-Tage-Woche und trotz aller Unkenrufe der Tories, die die Nationalisierung der Kohlengruben geradezu als ein Verbrechen am englischen Volke bezeichnet hatten, eine ständig aufwärtstrebende Tendenz, die Exportziffern steigen unentwegt, die Stahlproduktion hat in diesem Herbst eine neue Rekordhöhe erreicht, und der Mangel an Arbeitskraft ist in vielen Fällen durch beachtenswerte Beispiele freiwilliger Mehrarbeit behoben worden. Gerade in dieser Bereitwilligkeit, sich auch in seiner Freizeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, manifestiert sich der "Team-schaftsgeist" des englischen Volkes.

Es ist aber auch der eindrucksvollste Beweis für das unerschütterliche Vertrauen in die Kraft der Labour-Regierung, das englische Staatsschiff um alle Klippen herum und schliesslich doch in den rettenden Hafen zu steuern. Attlees Kabinett, das sich durch den Zusammenbruch der Londoner Konferenz vor neue, schwerwiegende Entscheidungen gestellt sieht, dürfte übrigens schon in allernächster Nähe durch die Rückkehr des ehemaligen Schatzkanzlers Hugh Dalton eine weitere Verstärkung erfahren. Eingeweihte Kreise glauben sogar zu können, dass Dalton diesmal als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett einreten und Ernest Bevin zugeweiht wird, für den die reiche Erfahrung Daltons zweifellos eine starke Entlastung bedeuten dürfte.

Ob es in Zukunft freilich zu einem Kurswechsel der englischen Aussenpolitik kommen und Bevin die bisher stets betonte Vermittlerrolle zwischen Amerika und Sowjetrussland aufgegeben wird, das wird sich erst erweisen müssen. Innenpolitisch zeichnet sich jedenfalls - trotz des bevorstehenden Abschlusses eines Handelsabkommens mit Russland, das der Energie und Initiative des jungen Handelsministers Wilson zu verdanken ist - eine entschlossene Haltung gegen die Kommunisten ab. Das erhellt einmal aus einer Bemerkung Herbert Morrisons in einer Rundfunksprache, in der er in erster Linie scharf gegen die Politik der Konservativen vom Leder zog. Er erklärte, dass der Sieg der Labour Party bei den Ersatzwahlen in Gravesend und East Edinburgh eine Ermutigung für die Sozialisten und demokratischen Arbeiter in Frankreich und Italien bedeute, wo die Kommunisten, die ihre Befehle von einer Macht ausserhalb ihres Landes erhalten, eine rücksichtslose und brutale Politik betreiben, die sehr leicht zum Triumph einer neuen Art von Faschismus führen könne.

Ein weiterer Beweis ist die Kampfsprache Arthur Deakins, des Generalsekretärs der Transport- und Allgemeinen Arbeitergewerkschaft, an die

Kommunisten, die immer größeren Einfluß auf die Gewerkschaften und so indirekt auf die englische Politik zu erlangen suchen. "Wir können es uns nicht leisten", sagte Arthur Deakin in Nottingham, "daß die versuchte Infiltration und Beherrschung der Gewerkschaften durch die Kommunisten zum Erfolg führt".

Dieser Satz läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und bekundet die Entschlossenheit der verantwortlichen Männer in England, sich in ihrem Kampf um die Meisterung der vielen Probleme, mit denen das Englische Volk zu ringen hat, von keiner Seite Prügel zwischen die Beine werfen zu lassen. Auch diese Entschlossenheit wird in der englischen Öffentlichkeit als ein Anzeichen gewertet, daß Labour es am Ende doch schaffen wird.

Nach der Niederlage Thorez'

L.F. Paris, im Dezember

Man kann annehmen, daß sich die französischen Kommunisten über die Erfolgsaussichten ihrer letzten Generalstreiksaktion nicht getäuscht haben, wohl aber über die Reaktionen der Arbeiterklasse gegen ihre rein politische Ausbeutung von Not und Elend. Der kommunistische Generalstreiksversuch hat in sehr ermutigender Weise die politische Reife der französischen Arbeiter unter Beweis gestellt, denn nur eine fanatisierte Minderheit hat die kommunistischen Streikparolen befolgt, sowohl in den Reihen der Eisenbahner, Post- und Verwaltungsbeamten als auch in der Masse der Industriearbeiter. Und es war alles andere als klug, diese fanatisierte Minderheit zu veranlassen, die Mehrheit mit allen Mitteln an der Weiterarbeit zu hindern. Damit wurde in wenigen Tagen vielen Arbeitern bewußt, was sie von den siegreichen Kommunisten an Brutalität und Rücksichtslosigkeit zu erwarten hätten.

Die wirtschaftlichen Folgen dieser ebenso kostspieligen wie unnötigen Streikbewegung sind noch nicht abzusehen. Ein sicheres Ergebnis ist die weitere Verarmung des gesamten französischen Volkes. Der Stillstand von Handel und Industrie während rund drei Wochen wird eine Verminderung des Nationaleinkommens von mindestens fünf Prozent zur Folge haben. Die politische Bilanz ist wesentlich zufriedenstellender. Die kommunistische Vorherrschaft in den Gewerkschaften ist endgültig zu Ende. Mehr denn je ist die französische Arbeiterschaft entschlossen, sich eine unpolitische Berufsvertretung zu schaffen. Der sozialistische Flügel der C.G.T., bisher in der Minderheit, dürfte jetzt die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich haben. Es ist unwahrscheinlich, daß er auf die Dauer mit den kommunistischen Elementen in dem selben Verband zusammenarbeiten können. Die Spaltung und Umgruppierung der französischen Gewerkschaftsbewegung erscheint als unvermeidlich.

Mit dem Scheitern des kommunistischen Generalstreiks sind jedoch die französischen Probleme noch nicht gelöst. Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist die Sicherstellung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung. Man hat in Frankreich in den letzten Monaten zu sehr die selbstverständliche Wahrheit übersehen, daß das Volkseinkommen in einem sehr starren Verhältnis zur Gesamtproduktion des Landes steht. Man kann kein größeres Sozialprodukt verteilen, als tatsächlich durch die Arbeit aller geschaffen wird. Das Grundproblem der französischen Wirtschaft

ist der verhängnisvolle Rückgang der Produktion und der durchschnittlichen Arbeitsleistung. Zwei Beispiele mögen dies beleuchten. Die Arbeitsleistung eines französischen Arbeiters ist im Durchschnitt rund viermal so gering wie diejenige seines amerikanischen Kollegen. Die französische Landwirtschaft verfügt nur über rund 25 000 Traktoren, während sie mindestens 250 000 benötigt. Es ist daher nicht erstauslich, daß der Durchschnittsertrag der französischen Landwirtschaft trotz größter Fruchtbarkeit des Bodens um rund 40 Prozent unter dem der anderen westeuropäischen Länder, einschließlich Deutschlands, liegt. Nur durch eine Steigerung der Produktion und der Arbeitsleistung wird es gelingen, die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterklasse in Frankreich zu überwinden.

Die politische Voraussetzung hierfür ist bei den augenblicklichen Verhältnissen die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses. Wenn dieses Ziel auch noch keineswegs erreicht ist, so kann man doch feststellen, daß die kommunistische Politik in Frankreich eine entscheidende Niederlage erlitten hat und die kommunistische Gefahr gebannt ist. Zu dieser Schlußfolgerung dürfte auch die Moskauer Regierung gekommen sein, denn sonst hätte sie nicht ihr propagandistisches Versprechen, Frankreich Getreide zu liefern, gerade am Vorabend der Streikeinstellung so geräuschvoll zurückgezogen.

Noch eine Partei in München

In München ist vor kurzen eine neue Partei gegründet worden, diesmal keine ausgesprochen bayerische Institution, sondern eine allumfassende "Demokratische Union Deutschlands". Gründer und Chef dieser DUD ist W.E. Breithaupt, ein Journalist, der, aus Berlin kommend, vorübergehend in Baden-Baden Chefredakteur des "Badener Tagblattes" war, in einem aufsehenerregenden Artikel alle bestehenden Parteien als unfähig und ihre Männer als Ignoranten bezeichnete und sich nach dieser Auflockerung des Bodens nach München begab, um die Partei zu gründen, die nach seiner Ansicht die gerügten Mängel nicht aufweist. In einem achtseitigen "Manifest" entwickelte er die Parteigrundsätze, die, ausgesprochen reaktionär und demagogisch, die "schöpferischen Kräfte des deutschen Volkes" aussprechen sollen, die er "konzentrieren" will. Hitler wird zwar abgelehnt, wobei Breithaupt zu der überraschenden Erkenntnis kommt, daß "der Nationalsozialismus die Auswirkung des marxistischen Radikalismus Europas ist". Trotzdem kann Breithaupt auf abgegriffene nationale Phrasen nicht verzichten. Dafür legt er ein "kompromißloses Bekenntnis zu den westlichen Demokratien" ab, wodurch "eine weitgehende Interessenkohalition in Wohr- und Wirtschaftsfragen hergestellt werden soll". Militarismus wird aber trotzdem ebenso wie der "Klassenkampfsozialismus" abgelehnt. Wirtschaftsprobleme werden durch "Ständekammern" gelöst, jede Planwirtschaft als "kalte Sozialisierung" verpönt. "Europäische Solidarität", "nationale Würde", "soziale Gemeinschaft" usw., das sind die stärksten Schlagworte, mit denen Breithaupt nun unter der Wählerschaft hausieren geht.

(B22/1712/1/hs)

Wahlkreiswahl zum Reichstag

Der Abgeordnete des Stortings Sverre Löberg wird an einem der Weihnachtsfeiertage in einer nach Hamburg überführten Sendung des B-E-O. die nachstehende Ansprache halten. Wir bitten, die Sperrfrist einzuhalten.

Sverre Löberg hat viele Jahre in Sachsenhausen gesessen und seine Worte sind an die Kameraden in Deutschland gerichtet, die mit ihm das gleiche Schicksal geteilt haben. Außer Sverre Löberg werden auch Vertreter anderer Nationen, die durch deutsche Konzentrationslager gingen, sich an ihre Kameraden in Deutschland wenden.

Wir lobten zusammen in einer Zeit ohne Gnade, und wenn wir diese gnadenlose Zeit überleben konnten, so nur deshalb, weil wir zusammenhielten in der Gewißheit, daß wir innerlich stärker waren als die, die uns hinter Stacheldraht sperrten.

Es wird in der Welt heute viel über die Leiden geschrieben, die wir durchmachen mußten und über die Mißhandlungen, denen wir ausgesetzt waren. Als das Zeitalter der Konzentrationslager begann, hörte man wenig darüber und wenn man heute nachträglich in immer neuen Variationen darüber schreibt und spricht, stecken dahinter auch negative Beweggründe: Persönliche und nationale Selbstbespiegelung.

Wir überlebten nur, weil wir zusammenhielten, weil wir - den verschiedensten Nationen angehörend - uns als eine kämpfende und lebendige Einheit empfanden, in der es keinen Raum gab für nationale Vorurteile und persönliche Vorteile.

Ich möchte, wenn ich mich an die deutschen Kameraden wende, die mit uns in den Konzentrationslagern waren, sagen, daß unser gemeinsamer Kampf einer neuen Welt gilt, nicht der alten, mit umgekehrten Vorzeichen. Ich will mich deshalb nicht scheuen, zu unterstreichen, daß das, was im Lauf der letzten 2 1/2 Jahre mit euch, eurem Land und eurem Volk geschehen ist, nichts zu tun hat mit dem, wofür wir damals kämpften. Teile eures Landes sind weggenommen, Millionen von kleinen Existenzen ausgeraubt und aus ihrer Heimat vertrieben worden. Not und Elend sind ins Übermaß gestiegen, und immer noch ist kein Licht der Hoffnung für euer kommendes Leben angezündet worden.

Wenn ich dies heute nicht sagen und auch lediglich mit einigen unverbindlich-freundlichen Weihnachtswünschen abpeisen würde, müßten eure Verzweiflung und eure Mutlosigkeit wachsen. Wenn ich euch trotzdem bitte, Mut zu fassen und den letzten Schimmer von Hoffnung nicht verlöschen zu lassen, so deshalb, weil ihr in Deutschland und wir in Norwegen - weil wir alle zusammen in Europa - im selben Boote sitzen. Genau wie damals. Die Siegermächte retten sich nicht auf Kosten der besiegten Mächte. Wenn nicht eine neue Welt geschaffen wird, gehen alle zugrunde.

Mit einigen Freunden habe ich hier in unserer gesetzgebenden Versammlung versucht, den Bann zu brechen, der gegen euer Land besteht. Wir haben es erreichen können, daß die Paketsperre nach Deutschland aufgehoben wurde und daß von den gesammelten Mitteln der Europahilfe ein Teil auch an euer Land abgeführt wird. Das ist wenig und nicht zufriedenstellend. Trotzdem sieht es an als eine Taube des Friedens von uns zu euch; als einen Willen, das der Verwirklichung näher zu bringen, wofür wir gemeinsam gekämpft und gelitten haben: den großen Fisch, an dem alle Länder und alle Völker in Eintracht Platz haben und an dem niemand mehr darben soll.